

Postulat Fraktion CVP: Kampf gegen die staatliche Bürokratie für Bürger und Bürgerinnen und KMU's (03.09.2003)

Bericht der Arbeitsgruppe an den Regierungsrat

Gemäss Auftrag von RRB Nr. 2004/384 vom 17. Februar 2004

Genehmigt durch die Arbeitsgruppe am 22. März 2005

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Kurzfassung	3
1. Ausgangslage	3
2. Arbeitsgruppe: Zusammensetzung und Auftrag	4
3. Vorgehen	4
4. eGovernmet	5
5. Vorschläge zum Abbau von bürokratischen Hürden	6
6. Antrag	26

Kurzfassung

Der Kantonsrat hat das Postulat der CVP Fraktion: Kampf gegen die staatliche Bürokratie für Bürger und Bürgerinnen und KMU's als erheblich erklärt. Daraufhin hat der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge zum Abbau der Bürokratie ausarbeiten und ihm Bericht erstatten soll. Mit einer Umfrage bei den Mitgliedern der Wirtschaftsverbände hat die Arbeitsgruppe mögliche Vorschläge zum Abbau der Bürokratie gesammelt und sie nach ihrer Machbarkeit geordnet. Dabei stand im Vordergrund vorwiegend Veränderungsmöglichkeiten auf kantonaler Ebene aufzugreifen und dem Regierungsrat zur Umsetzung vorzuschlagen. Gleichzeitig hat die Arbeitsgruppe aber auch Kenntnis vom Bericht des Bundesrates vom 16. Juni 2003 über die Massnahmen des Bundes zur administrativen Entlastung in den Unternehmen genommen. Darin erfolgt eine systematische Prüfung aller Arten von administrativen Arbeiten, die gestützt auf Vorgaben des Rechts und der Behörden in den Unternehmen vorzunehmen sind. Der Fokus des Bundesberichtes liegt bei der Frage, wo eingeleitete Massnahmen stehen und wo sich neue Massnahmen ergreifen lassen. Er gliedert sich in acht Bereiche, nämlich:

- Administrative Arbeiten bei der Gründung eines Unternehmens
- Erleichterungen im Verkehr mit den Sozialversicherungen
- Verbesserungen im Verkehr mit den Steuerbehörden
- Erleichterung und mögliche Mehrbelastungen bei der Erfüllung handelsrechtlicher Aufgaben
- Entlastung im Verkehr mit Arbeitsmarktbehörden
- Die Beantwortung statistischer Anfragen
- Die Einhaltung verschiedenster Auflagen in der betrieblichen Leistungserbringung
- Sporadisch in den Unternehmen auftretende administrative Arbeiten

Eine Reihe der im Rahmen der Umfrage eingereichten Vorschläge bezieht sich auf Verfahrensabläufe, die in einem Zusammenhang mit einem, vom Bund bereits aufgegriffenen Bereich stehen. Die Arbeitsgruppe geht davon aus, dass Vereinfachung bei administrativen Abläufen, die sich auf rechtliche Vorgaben des Bundes stützen, ihre Auswirkungen auf die Abläufe bei den Kantonen und Gemeinden haben. Im Rahmen des Berichtes der Arbeitsgruppe an den Regierungsrat wird darauf verzichtet, auf diese Bereiche einzugehen. Es wird vielmehr auf die Projektarbeiten beim Bund verwiesen. Das gleiche gilt für die Belange des eGovernment. Der Bund betreibt in Zusammenarbeit mit den Kantonen im Moment einige Bestrebungen um eGovernment möglichst breit einführen zu können und die sich damit bietenden Chancen zu nutzen.

1. Ausgangslage

Mit einem Postulat hat die Fraktion CVP den Regierungsrat aufgefordert in den Bereichen Steuersystem und Verkehr mit den Behörden die Bürokratie abzubauen. Der Vorstoss wird damit begründet, dass „unser Perfektionismus seine Grenzen erreicht hat: Bürokratische Lasten sind nicht einfach ein „lästiges“ Nebenprodukt, welches nebenbei auch noch erledigt wird. Sie führen vielmehr zu Effekten, die volkswirtschaftlich negativ sind und sich auf Wachstum und Beschäftigung hemmend auswirken. Der Lastenabbau wird über die Reduktion der bürokratischen Auflagen, über eine verwaltungsübergreifende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung bei Bund, Kanton und Gemeinde erreicht. Bürokratiebefreiung fördert die unternehmerische Tätigkeit und bringt Impulse für mehr wirtschaftliches Wachstum. Ein effizienter Staat schafft mehr Zeit für unternehmerisches Handeln. Er setzt Schwerpunkte und kann deshalb neue Herausforderungen annehmen. Heute ist dies kaum mehr möglich: Historisch gewachsene Aufgaben werden kaum hinterfragt – für neue Herausforderungen fehlt das Geld. Immer neue Verordnungen schaffen neue Tätigkeitsbereiche für die Verwaltung. Der Schritt in die Selbständigkeit wird oft

durch bürokratische Hürden verbaut. Die Selbständigenquote soll gesteigert und damit positive Effekte für die Beschäftigung erzielt werden. Jedes neue KMU schafft 3 – 6 neue Arbeitsplätze.“

Der Kantonsrat hat das Postulat der CVP Fraktion: Kampf gegen die staatliche Bürokratie für Bürger und Bürgerinnen und KMU's als erheblich erklärt (KRB Nr. P 136/2003 vom 17. März 2004). In seiner Antwort auf das Postulat hat sich der Regierungsrat bereit erklärt, die Anliegen der Postulanten eingehend zu prüfen und die Thematik „administrativer Ballast“ umfassend anzugehen (RRB Nr. 2004/384 vom 17. Februar 2004).

2. Arbeitsgruppe: Zusammensetzung und Auftrag

Am 6. Juli 2004 hat der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe, bestehend aus verwaltungsinternen wie auch verwaltungsexternen Personen, eingesetzt. Die Arbeitsgruppe wurde beauftragt, Handlungsfelder zu orten und den Handlungsbedarf darzustellen sowie darauf aufbauend aufzuzeigen, mit welchen Instrumenten auf welcher Ebene Änderungen vorzunehmen resp. zu beantragen sind, um Bürger und Bürgerinnen sowie KMU's von staatlicher Bürokratie zu entlasten. Dazu hat sie dem Regierungsrat bis am 30. Juni 2005 einen schriftlichen Bericht abzugeben. Aufgrund des im Rahmen der Kantonsratsdebatte geäusserten Wunsches wurde das Präsidium dieser Arbeitsgruppe mit einer Person aus der Wirtschaft besetzt.

Die Arbeitsgruppe setzte sich wie folgt zusammen:

Josef Ingold, BDO Visura, Solothurn (Präsident)
Roman Jäggi, Kantonsrat SVP, Fulaibach
Markus Grütter, Kantonsrat FdP, Biberist
Markus Coray, eidg. dipl. Schreinermeister, Lostorf
Stefan Hug, Kantonsrat SP, Lohn-Ammannsegg
Dr. Pierre-André Gunzinger, Solothurner Handelskammer, Solothurn
Franz Schenker, Solothurnischer Bauernverband, Däniken
Andreas Gasche, Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband, Solothurn
Markus Baumann, Gewerkschaftsbund des Kantons Solothurn, Solothurn
Patrizio Ciriello, SYNA – die Gewerkschaft, Olten
Dr. Heinrich Schwarz, Departementssekretär Ddl
Alfons Lack, Departementssekretär BJD
Roland Bürgi, Stv. Chef Steueramt
Martin Brotschi als Vertreter von Walter Brun, Amt für Volksschule und Kindergarten
Jonas Motschi, Chef Amt für Wirtschaft und Arbeit

3. Vorgehen

Der bürokratische Formalismus hat im täglichen Leben unbestrittenermassen eine gewisse Bedeutung und wird in zahlreichen Bereichen durch Gesetze und Verordnungen etc. vorgeschrieben. In der politischen Diskussion wird dort ein Abbau verlangt, wo der Formalismus als Hürde und Einschränkung empfunden wird. Dabei wird oft zu wenig berücksichtigt, dass die Bürokratie nicht nur einen Selbstzweck verfolgt, sondern aufgrund von irgendwelchen Forderungen und Bedürfnissen entstanden ist. Auf der anderen Seite ist es richtig Vereinfachungen zu suchen und anzustreben. Durch die Verbreitung von elektronischen Medien wie dem Internet könnten zahlreiche Formulare online zugänglich gemacht und ausgefüllt werden.

Die Arbeitsgruppe sah ihre Aufgabe nicht darin die verschiedenen Sektoren der öffentlichen Verwaltung nach Vereinfachungspotenzial zu durchforsten. Vielmehr wollte sie den in ihr vertretenen Verbänden und Institutionen die Möglichkeit geben, konkrete Verbesserungsvorschlä-

ge einzureichen. In einem zweiten Schritt wurden die eingegangenen Vorschläge durch die Arbeitsgruppe nach Machbarkeit und Priorität geordnet.

Es wurden folgende fünf Machbarkeitskriterien gewählt:

- 1 Kann Kantonale Verwaltung ohne Gesetzes- oder Verordnungsänderung umsetzen
- 2 Kann Kantonale Verwaltung nur mit Gesetzes- oder Verordnungsänderung umsetzen
- 3 Bedingt rechtliche Änderungen auf Stufe Bund
- 4 Politisches Postulat
- 5 Nicht weiter zu verfolgen

Die Vorschläge mit der Machbarkeitsstufe 1 werden dem Regierungsrat zur Weiterbearbeitung vorgeschlagen. Das Hauptaugenmerk richtet sich dabei auf Vereinfachungen und Erleichterungen auf kantonaler Ebene.

Als Prioritäten wurden drei Stufen gewählt, nämlich:

- 1 Grosse Wirkung
- 2 Mittlere Wirkung
- 3 Geringe Wirkung

Dabei versuchte die Arbeitsgruppe abzuschätzen, welchen Einfluss der Vorschlag auf welche Menge von Betroffenen haben könnte. Bei der Beurteilung, ob ein Vorschlag dem Regierungsrat zur Weiterbehandlung beantragt werden soll, spielt die Priorität keine Rolle. Die Prioritätsstufe gibt lediglich eine Information über das vermutete Ausmass der Wirkung.

4. eGovernment

In einigen Vorschlägen wird gefordert, vermehrt die heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der elektronischen Medien wie das Internet zu nutzen. Zahlreiche Formulare könnten dabei online zugänglich gemacht und ausgefüllt werden. Der Nutzen liegt dabei nicht nur bei den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen, sondern auch bei den staatlichen Verwaltungsstellen selbst, da ein Grossteil der Erfassungsarbeiten von den Einreichern der Formulare getätigt wird. Funktionierendes eGovernment ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und kann zum entscheidenden Standortvorteil werden. Ein gut geplantes und konsequent durchgesetztes eGovernment fördert die Partnerschaft zwischen Privatpersonen, Unternehmen und dem Staat. Das Organisieren der betreffenden Interaktionen und Prozesse setzt aber eine Vernetzung und eine eGovernment-Strategie voraus. Der Bundesrat hat deshalb im Februar 2002 richtungsweisende Richtlinien verabschiedet, die die Verantwortlichkeiten der einzelnen Akteure definieren. Auf Bundesebene laufen heute diverse Projekte, um die Möglichkeiten von eGovernment zu nutzen. Die flächendeckende Einführung, die wesentliche Erleichterungen bringen würde, ist aber noch nicht erfolgt. Eine gewisse Hemmwirkung ist dabei dem dreistufigen Staatswesen (Bund – Kantone – Gemeinden) und dem damit verbundenen Föderalismus zuzuordnen.

Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, dass die Vorteile der elektronischen Medien noch verstärkt genutzt werden können und hofft, dass der Kanton Solothurn bei der Umsetzung von eGovernment eine Vorreiterrolle einnimmt.

5. Vorschläge zum Abbau von bürokratischen Hürden

Über die Mitglieder der Arbeitsgruppe resp. die von ihnen vertretenen Organisationen und Institutionen wurden rund 50 Vorschläge eingereicht. Dieser Bericht enthält sämtliche Vorschläge geordnet nach Machbarkeitsstufe. Neben den fünf Kriterien:

- 1 Kann Kantonale Verwaltung ohne Gesetzes- oder Verordnungsänderung umsetzen
- 2 Kann Kantonale Verwaltung nur mit Gesetzes- oder Verordnungsänderung umsetzen
- 3 Bedingt rechtliche Änderungen auf Stufe Bund
- 4 Politisches Postulat
- 5 Nicht weiter zu verfolgen

werden als sechste Kategorie jene Vorschläge aufgeführt, die nicht eindeutig unter eine Machbarkeitsstufe fallen oder zwei verschiedenen Stufen zugeordnet werden können. Im Bericht sind die Verfasser der Vorschläge anonym. Der Arbeitsgruppe sind aber alle Verfasser bekannt. Die Vorschläge werden im Originalwortlaut des Autors aufgeführt. Die Bemerkungen hat die Arbeitsgruppe erarbeitet. Ebenfalls hat die Arbeitsgruppe die Bewertung nach Machbarkeit und Priorität vorgenommen. Teilweise kommen zwei oder mehr ähnliche Vorschläge vor, so dass es zu Wiederholungen kommt.

Vorschläge der Machbarkeitsstufe 1:

Nr.	Themenbereich	Beschreibung	Nutzen für Bürger / Wirtschaft	Prior.	Bemerkungen
16	ÖLN Kontrolle: Kontrollblatt Düngereinsatz aufheben	Das im Jahre 2004 eingeführte Kontrollblatt Düngereinsatz soll ersatzlos weggelassen werden. Es handelt sich um eine Doppelspurigkeit.	Weniger Formulare.	1	
23	Öffnungszeiten Rückrufe	Generell sind die Öffnungszeiten für Berufsleute unangenehm. Man kommt nicht umhin für einen Behördengang frei zu nehmen. Wenn bei einer kant. Stelle der / die MA, die verlangt wird, nicht am Arbeitsplatz ist, wird selten zurückgerufen. (Es handelt sich hier um allgemeine Eindrücke, die wir gesamthaft eher als Privat- denn als Berufsleute wahrnehmen.)	Einrichten Öffnungszeiten, vielleicht 1x pro Woche länger. Höhere Dienstleistung am Kunden.	1	
26	Steuererklärung	Der grösste Aufwand bei der Erstellung der Steuererklärung für juristische Personen besteht darin, dass die Leistungen an Aktionä-	Deutliche Zeitersparnis beim Ausfüllen der Steuerklärung.	1	

		re / Verwaltungsräte und diesen nahestehenden Personen ausgefüllt werden müssen. So muss einmal das Einlageblatt 12 und zusätzlich pro Person das Formular 12 ausgefüllt werden. Vorschlag: In Zukunft nur noch eine Kopie des Lohnausweises. Insbesondere im Hinblick auf den neuen Lohnausweis.			
29	Steuerkontrollen	Reduktion der jährlichen Kontrollen durch das Steueramt (Schikane).	Steueramt personell verkleinern -> billiger. Aufwand für Wirtschaft kleiner.	1	
30	Lohnausweis 2006	Der neue Lohnausweis bringt vor allem eine administrative Mehrbelastung. Frage: Wie viele Privatwagen muss jemand besitzen, dass ihm der Geschäftswagen nicht mehr oder nur noch teilweise angerechnet wird?	Scheint an einem sehr kleinen Ort zu sein. Vereinheitlichung in der ganzen Schweiz ist gut.	1	
33	Steuern	Juristische Personen: kein Handlungsbedarf. Natürliche Personen: Grundsatz der Verhältnismässigkeit im Veranlagungsverfahren wieder beachten (unergiebige und unverhältnismässige Beweisaufgaben, Abänderungen von Steuererklärungen, etc.). Verwaltungsaufwand übersteigt evtl. zusätzliche Steuern deutlich.	Abbau unnötiger administrativer Umtriebe und Aufwendungen.	1	
4	Vereinfachung Vollzug BGG bei Betriebsauflösung	Durch die Anpassung des BGG im Jahre 1999 und 2004 wurde die Betriebsauflösung massiv erleichtert. Das Gesuchsverfahren ist entsprechend anzupassen. Auf die Erhebung von Daten für die Beurteilung von Gesuchen soll soweit verzichtet werden wie diese ohnehin beim Kanton vorhanden sind (GELAN).		2	Grundlage sind bereits jetzt die GELAN-Daten, zusätzliche Unterlagen werden nur bei Unklarheiten eingefordert. Ein Gesuch muss sein.
6	Baubewilligungsver-	Einfache Baugesuche	Schnelleres Be-	2	Wird bereits so ge-

	fahren - Verzicht auf Zirkulationsverfahren bei einfachen Baugesuchen	gehen heute beim Kanton in das Zirkulationsverfahren. Dieses Verfahren ist sehr zeitaufwändig und in vielen Fällen der nachgesuchten Bewilligung nicht angemessen. Es soll eine zentrale Stelle geschaffen werden, welche die notwendige Fachkompetenz hat, über einfache Baugesuche zu entscheiden oder allenfalls notwendige Zustimmungen von Amtsstellen kurzfristig einzuholen.	willigungsverfahren.		macht. Es besteht eine Triagestelle. Nach Ansicht des Bau- und Justizdepartements wäre deshalb Machbarkeit 5 richtig.
8	Zentrale Meldestelle für ausl. Arbeitskräfte	Nach Arbeitsbeginn einer ausländischen Arbeitskraft muss eine Anmeldung an die AHV und an die Gemeinde usw. erfolgen. Das Meldeverfahren sollte so gestaltet werden, dass durch eine einfache Meldung an die Einwohnerkontrolle der Einwohnergemeinde sämtliche notwendigen Anmeldungen gemacht werden.		2	Es muss eine Anmeldung an die AHV und an die Gemeinde erfolgen. Das Meldeverfahren sollte so gestaltet werden, dass durch eine einfache Meldung an die Einwohnerkontrolle der Einwohnergemeinde sämtliche notwendigen Anmeldungen gemacht werden (Zusammenlegung von Einwohnerkontrolle und AHV-Zweigstelle).
14	Besserer Einbezug von Landeigentümern und Bewirtschaftern bei ökologischen Ersatzmassnahmen nach Art. 18 NHG	Bei grossen Bauvorhaben sind ökologische Ersatzmassnahmen nach Art. 18 NHG notwendig. Durch den frühzeitigen Einbezug von betroffenen Landeigentümern und Bewirtschaftern können unnötige Konfrontationen vermieden werden.	Weniger Enteignungsandrohungen. Bürger fühlt sich von allen staatlichen Stellen ernst genommen.	2	Einzelfall
15	Standortbedingte Bauten rasch und unbürokratisch bewilligen	Das RPG zugunsten einer produzierenden Landwirtschaft auslegen.	Kurze Bewilligungszeiten - mehr Entwicklungsmöglichkeiten für die Landwirtschaft.	2	Wird bereits so gemacht. Es besteht eine Triagestelle. Nach Ansicht des Bau- und Justizdepartements wäre deshalb Machbarkeit 5 richtig.

Vorschläge der Machbarkeitsstufe 2:

Nr.	Themenbereich	Beschreibung	Nutzen für Bürger / Wirtschaft	Prior.	Bemerkungen
42	Jährliche Kontrolle der LKW vereinfachen	Grossgaragen sollten befugt sein, beim Jahresservice sämtliche Kontrollen an LKW inkl. Dokumente für die Motorfahrzeugkontrolle so zu erstellen, dass der Lastwagen nach dem Service auch gerade gestellt ist (ev. unter Beizug eines MFK-Experten).	Zeitaufwand 1 - 2 Tage und nicht 5 Tage und mehr, wie mit der heutigen Lösung. Kurze Standzeiten. Umweltfreundlich: Anfahrtswege einmal und nicht mehrmals, die überflüssige Doppelkontrolle der Fahrzeuge fällt weg.	1	Theoretisch wären Fahrzeugprüfungen durch private Garagen möglich und wurde 1985/86 mit dem Gewerbe diskutiert aber verworfen (Interessenskonflikt, hohe Personalkosten für private Experten, fehlende Infrastruktur in den Garagen, hohe Investitionskosten für Prüfgeräte).

Vorschläge der Machbarkeitsstufe 3:

Nr.	Themenbereich	Beschreibung	Nutzen für Bürger / Wirtschaft	Prior.	Bemerkungen
21	Mehrwertsteuer	Bei Mehrwertsteuerkontrollen werden KMU oft wegen Kleinigkeiten sofort zur Kasse gebeten. Es wäre vorteilhaft, wenn die wichtigsten Vorschriften auf einem übersichtlichen Merkblatt gut verständlich und kurz zusammengefasst wären. Es wird kaum ein KMU in der Lage sein, das umfassende Werk oder Gesetz der Mehrwertsteuer-Vorschriften zu lesen und genau umzusetzen. Noch besser wäre eine Vereinfachung der ganzen Mehrwertsteuer-Vorschriften. Auf kleinere Fehler sollte man zuerst aufmerksam gemacht werden,	Vereinfachung der Administration - Kostenersparnis. Warum alles so kompliziert machen, wenn es einfacher auch geht.	1	

		bevor eine Aufrechnung für die letzten fünf Jahre erfolgt.			
24	EKAS-Vorschriften	Die ganze EKAS-Geschichte ist ein totaler Leerlauf. Die Unfallkosten entstehen primär durch Freizeitunfälle.	Muss auf Bundesebene korrigiert werden.	1	
25	Einführung einer Quellensteuer für Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit (Lohn/Salär)	Das heutige System des Steuerbezugs befriedigt nicht. Einfacher, effizienter, für den Steuerzahler transparenter und für den Staat erst noch ertragreicher (weniger Steuerausfälle) wäre die Einführung einer allgemeinen Lohnquellensteuer für alle Lohnbezüger. In den OECD-Staaten wird dies bereits fast überall so gehandhabt. Da das System für die Ausländer bereits besteht, wäre es ein Leichtes, dies für alle anderen Steuerzahler ebenfalls einzuführen. Im Weiteren wird es ohnehin so sein, dass früher oder später die in der Schweiz arbeitenden EU- und EFTA-Bürgerinnen und -Bürger wegen "Diskriminierung" aus dem Quellensteuersystem entlassen werden müssten.	Das für die Lohnzahlung ausgezahlte Geld kann der Bürger verwenden, ohne daran denken zu müssen, dass noch Steuern zu bezahlen sind. Die Steuerausfälle (kein Inkassorisiko mehr) für den Staat werden tiefer, demzufolge sollte auch die Steuerquote sinken. Die Wirtschaft müsste für das Inkasso der Steuern eine Entschädigung in Form einer Inkassoprovision erhalten.	1	
44	Einheitliche Meldestelle für Steuer und AHV Daten	Daten werden einmal bei einer Meldestelle (evtl. online Plattform Internet) gemeldet	Weniger Formulare ausfüllen -> Reduktion Administration Datenredundanz bei Staat reduzieren	1	
46	Abschaffung der Bearbeitungsgebühr MWST auf Auslandslieferungen	Kleinere Mehrwertsteuerbeträge auf Auslandsendungen werden vom Zollamt	Eine Abschaffung würde das Produkt für den Konsumenten	1	

		verrechnet und zusätzlich mit Fr. 10.-- Vorweisungstaxe eingezogen. Der MWST-Betrag kann zurückgefordert werden, nicht jedoch die Vorweisungstaxe. Diese Taxe ist für Sendungen von kleinem Warenwert unverhältnismässig und sollte abgeschafft werden.	verbilligen.		
1	Kurzarbeits- / Schlechtwetterentschädigung	Das Verfahren um KAE / SWE geltend zu machen ist sehr kompliziert. Insbesondere für Firmen mit wenig Angestellten bzw. keiner spezialisierten Personal-Abteilung. Firmen, die Anspruch hätten, verzichten deshalb teilweise auf Geltendmachung. Amtsintern gibt es bei der Abklärung viel Aufwand durch Nachfragen und Unterlagen einfordern.	Effiziente Abwicklung von KAE / SWE. Verhinderung von Arbeitslosigkeit.	2	
7	Zentrale Bewilligungsstelle für ausländische Arbeitskräfte	Für die Bewilligung einer ausländischen Arbeitskraft sollte nur eine Stelle zuständig sein. Die heutige Aufteilung zwischen AWA und Fremdenpolizei ist sehr aufwändig und verursacht teilweise lange Wartezeiten. Es sollte eine Stelle geschaffen werden, die umfassend die Abklärungen machen und anschliessend eine Bewilligung erteilen kann.	Einfacheres Bewilligungsverfahren, weniger Kosten.	2	Beim Verfahren ist zwischen Staatsangehörigen aus EU/EFTA-Ländern, neuen EU-Ländern und Drittländern zu unterscheiden. Das Bundesrecht (BVO; SR 823.21) sieht zwei getrennte Behörden vor. Gesuche werden bei der Abteilung Ausländerfragen eingereicht, diese besorgt die Koordination mit dem AWA.
9	Keine Bewirtschaftungsauflagen im Rahmen des Gestaltungsplans / Baubewilligung	Die Bewilligung von Gestaltungsplänen und zum Teil auch für Baubewilligungen für landwirtschaftliche Bauten werden häufig an zusätzliche Bewirtschaftungsauflagen geknüpft (z. B. Pflan-	Weniger Vorschriften.	2	

		zungen Hochstamm-bäume, Beteiligung an Vernetzungsprojekten usw.). Solche Auflagen sind nicht sachgerecht und grenzen an Willkür. Solche Bewirtschaftungsauflagen würden mittel- und langfristig unverhältnismässigen Kontrollaufwand von Seiten der Baubewilligungsbehörde erfordern.			
19	Erteilung von Visa durch EDA	Die Ausstellung von Visa für ausländische Geschäftspartner bei Reisen in die Schweiz dauert viel zu lange. In der heutigen schnellen Geschäftswelt müsste eine Einreise nach Wochenfrist spätestens möglich sein.	Erhöhte Flexibilität, verbesserte Mobilität	2	
13	Verzicht auf Abdeckung Güllengrube	Bei Güllenbehältern soll grundsätzlich auf die Abdeckung verzichtet werden. Es sollen keine Vorbehalte für nachträgliche Anpassungen in Baubewilligungen gemacht werden. Der Grossteil der Ammoniakverluste ohnehin nicht bei der Lagerung sondern bei der Ausbringung. Massnahmen im Umweltbereich sollen aufgrund ihrer Wirksamkeit priorisiert werden.	Keine unnötigen Kosten.	3	
20	Steuerrückerstattung WEF: Mehr Effizienz durch Datenaustausch Steuerbehörden	Betrifft: Gesuch um Rückerstattung vor anlässlich eines Kapitalvorbezuges entrichteten Steuern. Sachverhalt: Sämtliche Daten über Auszahlungsdatum: Höhe der Auszahlung, Datum der Wiedereinzahlung etc. sind den Steuerbehörden bekannt (zumindest der Veranla-	Bessere Koordination zwischen den Steuerbehörden = Zeit- und Kostenersparnis für Bürger und Wirtschaft	3	

		gungsbehörde), weil auch das Jahr, in der die Rückerstattung erfolgte, bereits definitiv veranlagt ist. Ärgernis: Zum Gesuch um Rückerstattung an das Kant. Steueramt muss eine Bestätigung der Eidg. Steuerverwaltung beigebracht werden, obwohl die Veranlagungsbehörde über die Daten verfügt. Unnötiger Aufwand für Steuerpflichtige durch mangelnden Datenaustausch Steuerbehörden.		
27	Aufräumen im BLW	Für unseren Betrieb gibt es nur ein Problem. Es ist dies die Abteilung unter M. K. Huber im Bundesamt für Landwirtschaft in Bern (BLW). Der BLW ist dem CVP Bundesrat direkt unterstellt. Hier könnte die CVP direkt eingreifen. Verglichen mit dem BLW sind die kantonalen "Bürokraten" direkt "SUPER". Unser Antrag: Die Abteilung unter Hr. M. K. Huber ersatzlos auflösen. Dies würde den Wettbewerb fördern und das Preisniveau für Produktionsmittel massiv senken.	3	

Vorschläge der Machbarkeitsstufe 4:

Nr.	Themenbereich	Beschreibung	Nutzen für Bürger / Wirtschaft	Prior.	Bemerkungen
5	Überprüfung der Vorschriften der Jurasschutzzone	Die Vorschriften der Jurasschutzzonen sollten überprüft und angepasst werden. Die Vorschriften sind auf das Wesentliche zu beschränken.	Weniger Vorschriften. Ermöglichung kostengünstiger Bauweise.	1	Wird bereits im Rahmen eines anderen kantonsrätlichen Vorstosses behandelt.
10	Verzicht auf Landschaftsschutzzonen	Landschaftsschutzzonen behindern die wirtschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft.	Der Landwirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten offen halten.	1	Wird bereits im Rahmen eines anderen kantonsrätlichen Vorstosses behandelt.
12	Zulassung zonenkonformer Bauten in der Landschaftsschutzzone (analog Kanton	Zonenkonforme Bauten (Gebäude für die bodenabhängige Bewirtschaftung) sollen	Grössere Flexibilität für die Landwirtschaft.	1	Hängt mit Nr. 10 zusammen und wird bereits im Rahmen eines anderen kantonsrätli-

	Baselland)	auch in kommunalen Landschaftsschutzzonen zugelassen sein. Die im Kanton Basel-land bestehende Regelung soll übernommen werden.			chen Vorstosses behandelt.
31	Zollformalitäten Import / Export	Die Zollformalitäten bei Import und Export sind in der heutigen Zeit in Europa unrealistisch. Wir manövrieren uns selbst aus dem Markt und mindern unsere Chancen im internationalen Wettbewerb.	Kaum vorhanden!	1	
32	Steuerveranlagungsverfahren: Einführung FLAT TAX	System dürfte bekannt sein.	Einsparungen Veranlagungsaufwand Staat. Einsparungen Deklarationsaufwand Steuerpflichtiger.	1	Wird bereits im Rahmen eines anderen kantonsrätlichen Vorstosses behandelt - Standesinitiative überwiesen

33 a	Ohne Bezeichnung	<p>Eine systematische Durchforstung der Staatsrechnung auf unnötige staatliche Aktivitäten war mir aus Kapazitätsgründen nicht möglich. Genau das aber ist ein verheissungsvoller Weg, um neben den staatlichen Aktivitäten auch den damit verbundenen finanziellen Aufwand mit berücksichtigen zu können. Ich empfehle, dass die Handelskammer dies so macht. Generell sind die Leistungsaufträge des Staates in Frage zu stellen. Die Aufgaben des Staates sind - auch wenn es den Liberalen schmerzt - auf ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu fokussieren. Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none">- Im Rahmen der Renaturierung der Aare wird ein künstlicher Geschiebeeintrag vorgesehen zu Lasten der Gelder aus Wasserzinseinnahmen. Aufgabe streichen!- Gesamtschweizerische Lehrmittel anstreben. Offenbar sind Schulbücher hergestellt und vor ihrem Einsatz bereits wieder eingestampft worden.- MFK: Keine schematischen Kontrollen von Fahrzeugen sondern zustandsabhängige verlängerte Kontrollintervalle.- Generell zur Aufsichtstätigkeit: Keine präventiven Kontrollen sondern aktive Kontrolltätigkeit nur bei Missbrauchsverdacht (z. B. bei Medizinalpersonen, Lebensmittelkontrollen usw.). <p>Quotenmässiger Abbau von Staatsangestellten (ausgenommen Lehrer und Spitalpersonal), um einen Abbau der Staats-tätigkeit zu provozieren.</p>	1	
------	------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---	--

37	Ohne Bezeichnung	Das Problem liegt nicht bei der Verwaltung und deren Bürokratie, sondern in der politisch geprägten Exekutive. Es ist schwer verständlich, wenn man einerseits landauf und landab das Credo der KMU Unterstützung vernimmt und auf der anderen Seite werden weitere zusätzliche Hürden wie z. B. neuer Lohnausweis etc. eingeführt. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt leider, dass gerade auf der kantonalen Ebene der Entscheidungsfreiraum der Kantone immer mehr unternehmerfeindlich geprägt ist. Die Entscheidung des Bundesgerichts über Nachfolgerplanung, notabene die Grundlage der Überlebensfähigkeit jeder KMU, zeigt die Fortsetzung dieses Trends auch auf nationaler Ebene.		1	
45	Einführung "FLAT TAX"	Das "Steuerdickicht" hat für Bürger und Unternehmen groteske Formen angenommen. Die Summe der Steuern ist unüberschaubar und unfair - schafft Ungleichbehandlungen!	Die Einführung der "FLAT TAX" würde für Staat, Bürger und Unternehmen massive Vereinfachungen und somit auch Kosteneinsparungen bewirken. Und würde letztlich den Wirtschaftsstandort stärken!	1	
35	Bundesamt für Statistik	Das BFS will so viele Angaben wie möglich erhalten Die Gründe sind nicht nachvollziehbar. Vermutlich hat das BFS viel zu viele Statistiker angestellt, die jetzt ihre Daseinsberechtigung unter Beweis stellen müssen. Das ist reine Verschwendung von Steuergeldern und raubt den KMU viel viel Zeit!	Verkleinerung BFS. Beschränkung auf das Wesentliche bei den Erhebungen. Nutzen: Weniger Steuergelder, mehr Zeit für die KMU.	2	
40	Vereinfachen, besser noch abschaffen	Bundesamt für Statistik: Schweiz. Lohnstrukturerhebung		3	
47	Schaffung einer Beratungs- bzw. Anlaufstelle bei anstehenden Fragen	Versicherungsfall: Unsere Firma hat für die Angestellten eine Taggeldversicherung. Nun	Eine Anlaufstelle auf kant. Ebene würde den KMU die Möglichkeit	3	

		<p>ergaben sich im 2003 zwei schwere Krankheitsfälle (Total 150 Tage Ausfall). Die Versicherung hat nun die Prämie, obwohl im 2004 keine Schadereignisse vorgekommen sind, um 260 % erhöht. Mit der Begründung, man habe im 2003 sehr viel aufbezahlt und die Prämie werde sich für 2005 vermutlich wieder reduzieren.</p>	<p>bieten, rechtliche und gesetzliche Auskünfte zu event. günstigen Kosten zu erhalten (ohne Gang zum Anwalt), was auch zum Nutzen der Arbeitnehmer ausfallen würde.</p>		
--	--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--

Vorschläge der Machbarkeitsstufe 5:

Nr.	Themenbereich	Beschreibung	Nutzen für Bürger / Wirtschaft	Prior.	Bemerkungen
39	Beschäftigungsgesuche für ausl. Arbeitskräfte	<p>Die BHA Group AG hat am 22.09.04 ein Beschäftigungsgesuch für einen Slowenen zusammen mit dem Ausländerausweis eingereicht. Bis am 28.10.04 haben wir nichts gehört vom Amt für öffentliche Sicherheit. Nach Rückfrage beim Amt erhalten wir die Antwort, dass sie 1000e von Gesuchen haben und dies noch dauern kann!</p>	<p>Der Slowene besitzt seit fünf Wochen keinen Ausweis. Die BHA Group AG beschäftigt seit 1 1/2 Monaten einen Slowenen, es liegt aber keine Arbeitsbewilligung vor! Wieso dauert das so lange? Schlussendlich müssen wir auch noch Gebühren bezahlen für die Bewilligung.</p>	2	<p>Einzelfall. Beim Verfahren ist zwischen Staatsangehörigen aus EU/EFTA-Ländern, neuen EU-Ländern und Drittländern zu unterscheiden. Die BVO (SR 823.21) sieht zwei getrennte Behörden vor.</p>
2	Auftrag sofort erledigen	<p>Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen! Auch wenn es noch so "unangenehm" ist.</p>	<p>Bürgerzufriedenheit wächst und die Wirtschaft freut sich an der verwaltungsmässigen Tatkraft.</p>	3	
3	Doppelspurigkeiten meiden	<p>Da ich nicht direkten Einblick in die Arbeitsabläufe habe, hier zwei Vorschläge allgemeiner Art: 1. Zwingende Frage: ist</p>	<p>Es kommt nicht selten vor, dass "zu viele Köche" den Brei verderben. Oder anders ge-</p>	3	

		<p>das eine Kernaufgabe des Kantons. Wenn nein, alles klar?</p> <p>2. Wenn ja, wird meine Arbeit nicht schon an anderer Stelle teilweise oder gleich erledigt?</p>	<p>sagt, jede Stelle verrichtet ihre Aufgabe zu der sie am besten geeignet ist. Arbeit allein nämlich sagt noch nichts über die Menge und Qualität. Hilft sicher auch Kosten senken und zur Eindämmung von Papierflut.</p>		
34	SUVA EKAS-Normen	<p>Zwar Bundesrecht (UVG) unterliegend, dennoch: Die Einführung der EKAS-Normen im Bereich BUV hat sich zum absoluten Rohrkrepierer entwickelt. Übermässige Belastung der KMU. Kostenwalze für den Staat. Eine der ineffizientesten Gesetzesumsetzungen seit der Einführung des Zivilschutzes! In den Seminarien wurde vorsuggestiert, dass eine erfolgreiche Bekämpfung der Betriebsunfälle auch einen Synergieeffekt auf die NBU hätte. Es stand schon immer, auch ohne Gesetz im Interesse eines Unternehmers, sonderlich der KMU-Klasse, möglichst keine Personalausfälle zu erleiden! (s. auch Prämienentwicklung NBU und BU!).</p>		3	
34a	Wirtschaftsumfragen	<p>Wie nie zuvor wurden uns in diesem Jahr unzählige Umfragebogen aller möglichen Institute und "Hoch"-Schulen zur Beantwortung zugestellt! Das Pensum konnte nicht bewältigt werden! Ist die Politik so fern von der Basis entfernt?</p>		3	
36	Amtsschimmeltum / Kostenersparnis	<p>Anlass: Abtrennung einer Parzelle (Beilage 1, Grundbuchamt, 23.7.04), führt zu Neuvermessung mit erheblicher Differenz (Beilage 2, Bezirksgeometer, 29.06.04), telefonische Rückfrage zur Differenz beim Geometer, führt zu Abklärung durch diesen mit Verrechnung der Aufwendungen an Kanton! (Beilage 3, Geometer,</p>	<p>Grundbuch-technisch ein Standardgeschäft, das den Betroffenen keinen Aufwand generieren darf. Die aus der neuen Vermessung entstandene Differenz wirkte sich in unserem Fall, mit Land im</p>	3	

		<p>13.08.04) Folgen: Schreiben Grundbuchamt zur Einsendung der Schuldbriefe auf unsere Liegenschaft (Beilage 4, 27.08.04), führt unsererseits zu Rückrufaufwand Schuldbrief bei der Bank, eingeschriebene Korrespondenz, usw., für etwas, das wir weder verlangt hatten noch wollten! (Beilage 5, 06.09.04), Schuldbriefe kommen 6 Wochen nicht zurück. Rückfrage am 22.10.04. Grundbuchamt weist auf noch fehlende Unterschrift des Notars hin, 22.11.04, endlich ist der Fall abgeschlossen, der Schuldbrief zurück. Die Empfangsbestätigung für den Schuldbrief hat laut Aufforderung sofort (!) zu erfolgen.</p>	<p>Baurecht, zinsmässig in den über 30 Jahren erheblich zu unseren Ungunsten aus. Grundbuchamt: die Trägheit in der Bearbeitung (10 Wochen für eine Umschreibung) und dann die Arroganz bei den Einforderungsterminen stört.</p>		
--	--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--

Vorschläge mit verschiedenen Machbarkeitsstufen:

Nr.	Themenbereich	Beschreibung	Nutzen für Bürger / Wirtschaft	Machbark.	Prior.	Bemerkungen
11	Verzicht auf Bewilligungspflicht bei Einrichtung für Obstanlagen, Zäune usw.	Die Erstellung notwendiger Hilfseinrichtungen für bodenabhängige Produktion (Zäune, Einrichtungen für Obstanlagen etc.) soll von der Baubewilligungspflicht ausgenommen werden.	Weniger Baugesuche.	2 (3)	3	Begriff der Baubewilligungspflicht stammt aus dem Bundesrecht
17	Vereinfachung Ölfeuerungskontrolle, keine Doppelspurigkeit	Am 11.5.04 hat der amtliche Kontrolleur Hr. Eggimann den Brenner unserer Ölheizung kontrolliert, Resultat i. O. Am 14.5.04 hat	Einsparung bei besseren Abgaswerten Fr. 91.45.	1 + 3	1	Hängt davon ab, welche der drei möglichen Varianten die Gemeinde gewählt hat. Bundesrechtliche Rahmenbedingun-

		<p>Hr. Etienne (Fa. Etienne, Grenchen) den ordentlichen Jahresservice durchgeführt. Die Düse musste gewechselt werden. Die Resultate waren besser wie bei der amtlichen Kontrolle.</p> <p>Anmerkung: Ich habe bei der Fa. Etienne ein Abo. Offenbar hat Hr. Etienne die entsprechende Prüfung nicht. Abo Kosten Fr. 306.--. Amtl. Feuerungskontrolle Fr. 65.--. Mit dem Abo bei der Fa. Etienne will ich eine umweltbewusste Ölfeuerung. Die amtliche Feuerungskontrolle ist bei einem Abo überflüssig.</p>				<p>gen. Verfügungen müssen vom Amt erlassen werden.</p>
18	Bessere Auskünfte vom Amt	<p>Auskünfte vom Berufsamt müssen besser sein. Engere Zusammenarbeit mit Gewerkschaften. Mehr Kurse für Arbeitslose.</p>	<p>Bürger / Arbeitslose sollen selber entscheiden was für Kurse sie besuchen können. Bessere Hilfe bei Stellensuchenden (Kanton). Weniger Auskünfte geben (Schweigepflicht). Kanton soll sich an Weiterbildungen beteiligen.</p>	1 und 4	2	
22	A. Personalwesen	<p>A. 1. Bewilligungsverfahren Familienausgleichskasse (Kinderzulagen) ist</p>	<p>A und B: Kosten / Aufwand Ersparnis für Firma (und Staat)</p>	1	1	<p>Um Kinderzulagen zu erwirken, benötigt es eine Anmeldung. Das Anmeldeformular kann ab</p>

	B. Finanzen	<p>sehr umständlich. 2. Bewilligungsverfahren für ausländische Praktikanten ist sehr umständlich. 3. Kommender neuer Lohnausweis.....?! B. 1) MWST-Gesetz zu detailliert, komplizierte Ausführung. Überwachung - Vorschlag: Vereinfachung, "weniger ist mehr". 2) BVG-Aufsicht: Anspruchsvolles Abrechnungs- und Buchungswesen, kleinliche Beanstandungen und lange Antwortzeiten. 3) Vorgesehene Neuerungen zur Revisionspflicht.</p>		<p>3 1 3 1 4</p>	<p>2 1 1 3 3</p>	<p>der Homepage der Ausgleichskasse heruntergeladen werden. Eine Arbeitsgruppe der AK-SO bearbeitet z. Z. administrative Vereinfachung im Bereich der Kinderzulagen.</p>
28	Statistiken zusammenfassen und diese auf das 3. Quartal festlegen (Firmendaten sind dann vorhanden)	<p>In den letzten Jahren wurden immer mehr Statistiken zu verschiedenen Eingabezeiten gestellt. Die Statistiken beinhalteten teilweise die gleichen Antworten (Investitionsstatistik, Beschäftigungsstatistik, Lohnstrukturstatistik usw.). Nebst diesen Statistiken sind ja auch noch die Prüfungen AHV / SUVA / MWST / Steuer / ISO / EKAS / Gebäude / usw.). Bitte die Statistiken so legen, dass dann auch alle Daten vorhanden</p>	<p>Der Zeitaufwand wird für die Statistiken geringer und somit bleibt mehr Zeit für die Kundenbesuche, neue Projekte usw., was ja im Endeffekt der Firma und den Mitarbeitern zugute kommt (Neue Angestellte für das Papier liegt nicht mehr drin). Mit den stets neuen Auflagen wie auch EKAS ist der Papieraufwand gewaltig gestiegen. Er-</p>	<p>1 und 3</p>	<p>2</p>	<p>Die Abrechnungsperiode umfasst das Kalenderjahr. Die Deklarationen der Löhne sind bis am 30. Januar der Ausgleichskasse einzureichen.</p>

		sind und dafür wäre das 3. Quartal ideal. Es ist unklar, dass aus Datenschutzgründen Probleme entstehen könnten, aber mit gutem Willen ist dies zu schaffen.	freulicherweise konnten wir nun mit der SGS Zertifizierungsstelle ISO vereinbaren, dass die EKAS - Unterlagen als kompl. Dokument anerkannt wurden.			
34b	Unternehmenssteuerreform	Es gibt genügend gewichtige als auch weniger gewichtige Büro-Verhinderungstechnokratien in diesem Staat. Dennoch ist allen voran die Unternehmenssteuerreform möglichst umgehend anzugehen und einzuführen, will die Schweiz nicht noch mehr an Attraktivität bzgl. Unternehmensstandort verlieren (s. jüngste Nachrichten). Die Politik ist auf allen Stufen gefordert. Es sind rasche und deutliche Akzente und Reformen zu Gunsten einer gesunden Wirtschaft und damit zum Wohle der Bürger zu setzen bzw. einzuführen. Diesbezüglich kann die Kantonale Steuerbehörde hier autonom wirken. Aus der Ecke unseres Kantons konnten in Sachen neuer Lohnausweis hingegen andere, eifrige Aktivitäten festgestellt werden...		4 (3)	1	Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene bereits angelaufen.
38	Abschaffung Bewirtschaftungskontrolle für Kleinbetriebe	Von der Lebensmittelkontrolle wird dieses Formular verlangt. Dieses Formular ist für den Kleinbetrieb nur Beschäftigungstherapie. Da wir im Betrieb mitarbeiten, kennen wir unser Lager auch ohne dieses Formular.	Was bringt dieses Formular?? Derjenige, der Ordnung hat in seinem Betrieb, hat das auch ohne dieses Formular. Das Papier ist geduldig und kann sehr gut manipuliert werden, wenn man will!!!	3 / 5	2	Es ist kein Formular vorgeschrieben, sondern dient als Vorschlag um die Selbstkontrolle zu vereinfachen.
41	Amtsübergreifende Fachberater	Die Koordination zwischen den Ämtern ist mangelhaft. Beispiel: Auf Zollpapieren steht für die deklarierte	Die Amtsstellen sind für uns die "bösen Kontrolleure". Weshalb sollten sie nicht unsere	4 ev. 1	3	

		<p>Ware eine Zolltarifnummer (die Ware wird damit definiert). Allerdings kann daraus nicht gleichzeitig ein Mehrwertsteuersatz abgeleitet werden. Die Prüfung und die richtige Deklaration ist aufwändig und kompliziert und man hat auch keine Gewähr, dass man nicht etwa irrtümlich einen Fehler begeht. Andere Beispiele gibt es auch beim Umweltschutz, Brandschutz, Versicherungen etc. Vermutlich geht es vielen Jungunternehmen ähnlich und es braucht Jahre, bis sich eine gewisse Sicherheit einstellt und bis man weiss wer für was zuständig ist.</p>	<p>Berater sein. Vermutlich würde es dadurch weniger Kontrollen brauchen und die Zusammenarbeit würde erleichtert. Es braucht ja schliesslich beide Seiten.</p>			
43	Schlanker Staat	<p>Für das Projekt eines Erweiterungsbaus einer Blechverarbeitungsfirma in der Grösse von 17 x 45 m für ca. 10 Arbeitsplätze haben wir Vorabklärungen erstellen lassen. Speziell musste auch noch ein Lärmgutachten eingeholt werden (Baukommission). Die Stellungnahmen vom Amt für Wirtschaft und Arbeit, Verf. Sol. Gebäudeversicherung und Lärmgutachten eines</p>	<p>Interessenkonflikt Kosten / Nutzen.</p>	2 + 3	2	

		Ingenieurbüros erhalten Sie als Beilage. Sollte das Bauvorhaben ausgeführt werden, ist noch das ordentliche Baubewilligungsverfahren durchzuführen.				
--	--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--	--

6. Antrag

Auf der Grundlage von RRB Nr. 2004/1539 vom 6. Juli 2004 erstattet die Arbeitsgruppe dem Regierungsrat termingerecht Bericht und stellt ihm die folgenden drei Anträge:

1. Der Bericht sei vom Regierungsrat zur Kenntnis zu nehmen.
2. Die Vorschläge mit Machbarkeitsstufe 1 seien in geeigneter Form weiterzubearbeiten.
3. Die flächendeckende Einführung von eGovernment sei in enger Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Kantonen voranzutreiben und dafür die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.